

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Julian Joswig, Dr. Andrea Lübcke, Ayse Asar, Dr. Sandra Detzer, Dr. Alaa Alhamwi, Michael Kellner, Sandra Stein, Katrin Uhlig, Andreas Audretsch, Claudia Müller und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaftliches Potenzial der Biotechnologie und aktuelle Entwicklungen bei der BioNTech SE

Die Biotechnologie ist die zentrale Schlüsseltechnologie für Gesundheitsversorgung, industrielle Innovation und technologische Souveränität. Im Jahr 2024 waren in Deutschland 1 020 Biotechnologieunternehmen mit rund 56 000 Beschäftigten ansässig; der Branchenumsatz lag bei etwa 11 Mrd. Euro, die Forschungs- und Entwicklungsausgaben bei rund 4,6 Mrd. Euro (www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/Schlueseltechnologien/Biotechnologie/biotechnologie_node.html). Zugleich weisen aktuelle Branchenanalysen darauf hin, dass die deutsche Biotechnologie trotz starker wissenschaftlicher Grundlagen bei Finanzierung, Skalierung, klinischer Entwicklung, Regulierung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit vor erheblichen Herausforderungen steht (www.ey.com/de_de/insights/health/die-deutsche-biotech-branche-und-der-globale-wettlauf).

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist für die Bundesregierung festgehalten, die Biotechnologie als „Schlüsselindustrie“ zu fördern und Gründungen in diesem Bereich durch bessere Bedingungen zu unterstützen (www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf). Zudem zählt die Biotechnologie zu einem Förderschwerpunkt des aufgelegten Deutschlandfonds; durch Garantien und Beteiligungen sollen private Investitionen von etwa 130 Mrd. Euro mobilisiert werden (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/deutschlandfonds-gestartet-2400860).

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt dem Unternehmen BioNTech SE, das während der COVID-19-Pandemie die biotechnologische Innovationskraft des deutschen Standorts unter Beweis gestellt hat und erst vor wenigen Monaten das Unternehmen CureVac übernommen hatte, an welchem der Bund beteiligt war (www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/biontech-curevac-uebernahme-102.html). Nach aktuellen Berichten plant das Unternehmen die Schließung mehrerer Produktionsstandorte in Deutschland und im Ausland, insgesamt könnten bis zu 1 860 Stellen betroffen sein (www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/biontech-schliesst-standorte-in-deutschland-1860-stellen-in-gefahr-a-21bc7ab5987-4bfl-a00d-7e7e8dbb46f7). Außerdem prüft der US-Konzern Moderna die Übernahme von BioNTech-Werken (www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/pharma-us-konzern-moderna-prueft-kauf-von-biontech-werken/100233087.html).

Vor diesem Hintergrund zeigt sich ein komplexes Lagebild zum Stand der Biotechnologie in Deutschland sowie dem bestehenden und möglichen Potenzial für Innovation und wirtschaftliche Wertschöpfung in einer zentralen Zukunftstechnologie.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Gespräche hat die Bundesregierung seit Mai 2025 mit den Unternehmen BioNTech SE und CureVac, den betroffenen Ländern, Gewerkschaften, Betriebsräten oder regionalen Akteuren über die Zukunft der Branche und der Unternehmensstandorte geführt (bitte nach Datum, Gesprächspartnern und Themen auflisten)?
2. Welche Gespräche hat die Bundesregierung seit Bekanntwerden der von BioNTech angekündigten Standortschließungen mit potenziellen Investoren, insbesondere Moderna, sowie mit weiteren betroffenen Akteuren geführt, und welche konkreten Ergebnisse oder Verhandlungsstände liegen dazu vor (bitte nach Datum, Gesprächspartnern und Themen auflisten)?
3. Wurden die Anteile des Bundes an der Firma CureVac durch die Übernahme von der BioNTech SE erworben, wenn ja, zu welchen Konditionen, und wenn nein, welche vertraglichen Konditionen bestehen nun gegenüber der BioNTech SE?
4. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den geplanten Stellenabbau, die Standortschließungen und die strategische Neuaufstellung der BioNTech SE in Deutschland?
5. Welche wirtschaftlichen, arbeitsmarktpolitischen und innovationsbezogenen Folgen erwartet die Bundesregierung durch die geplanten Standortschließungen und Umstrukturierungen bei BioNTech für die betroffenen Standorte, Beschäftigung, regionale Innovationsökosysteme und industrielle Produktionskapazitäten in Deutschland?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuellen und zukünftigen Produktionskapazitäten und die damit verbundene Impfstoffversorgung in Deutschland vor dem Hintergrund des möglichen Wegfalls von BioNTech-Produktionsstätten, wie wirken sich die Standortschließungen auf die geschlossenen Pandemiebereitschaftsverträge zur Pandemievorsorge und die Reaktionsfähigkeit im Krisenfall aus, und welche industriepolitischen Maßnahmen zieht die Bundesregierung zur dauerhaften Sicherstellung der Impfstoffversorgung in Erwägung?
7. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den aktuellen Entwicklungen bei BioNTech sowie der allgemeinen Branchenlage für die strategische Resilienz und Zukunftsfähigkeit des Biotechnologiestandorts Deutschland?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchem Umfang durch die Umstrukturierung bei BioNTech strategisch relevante Kompetenzen in den Bereichen mRNA (Messenger-Ribonukleinsäure), Onkologie, Impfstoffentwicklung oder biopharmazeutische Produktion in Deutschland verloren zu gehen drohen?
9. Welches Potenzial sieht die Bundesregierung durch die bestehenden Biotechnologienetzwerke an den Standorten von BioNTech, CureVac und anderen Biotechnologieunternehmen, und wie kann dieses Know-how gezielt genutzt und gesichert werden?
10. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Erhalt und die Weiterentwicklung strategisch relevanter biotechnologischer Produktions- und Entwicklungsfähigkeiten in Deutschland sicherzustellen?

11. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung auf die Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologie- und Pharmastandorts Deutschland, wenn BioNTech Standorte schließt und zugleich Unternehmen wie Boehringer Ingelheim, Eli Lilly und andere ihre Investitionen zurückfahren (www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2026-06/boehringer-ingelheim-investitionen-pharma-industrie-deutschland)?
12. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Verunsicherung der Pharma- und Biotechnologiebranche für die Wettbewerbsfähigkeit des Pharmastandorts Deutschland, die Planungssicherheit für Unternehmen sowie den Erhalt und Ausbau von Produktions-, Forschungs- und Entwicklungsstandorten, und welche Maßnahmen plant sie hierzu?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung von Umsatz, Beschäftigung, Investitionen, Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie Gründungsdynamik in der deutschen Biotechnologie seit 2020, jeweils differenziert nach Bundesländern und den Segmenten medizinische, industrielle, agrobiotechnologische und sonstige Biotechnologie?
14. Welche Teilbereiche der Biotechnologie in Deutschland – insbesondere Gesundheitsbiotechnologie, industrielle Biotechnologie und agrar- bzw. ernährungsbezogene Biotechnologie – entwickeln sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit positiv, und in welchen Bereichen bestehen besondere strukturelle Defizite?
15. Welche zentralen Hemmnisse für die Entwicklung der Biotechnologie in Deutschland sieht die Bundesregierung derzeit, insbesondere bei Finanzierung, klinischer Entwicklung, Skalierung, Produktion, Regulierung, Fachkräften und Technologietransfer?
16. Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung, um die im Koalitionsvertrag (s. Vorbem.) angekündigte Zielsetzung umzusetzen, Deutschland zum „weltweit innovativsten Chemie-, Pharma- und Biotechnologiestandort“ zu machen?
17. Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit Amtsantritt im Mai 2025 bereits eingeleitet oder vorbereitet, um die Biotechnologie in Deutschland stärker zu fördern?
18. Wie ist der Stand der Planung eines Zukunftsfonds II mit Fokus auf Ausgründungen und Wachstum im Deep-Tech- und Biotech-Bereich?
19. Welche Volumina, Instrumente, Zielgruppen und Zugangsbedingungen sind für den Deutschlandfonds und den Zukunftsfonds II nach derzeitigem Stand vorgesehen, und inwieweit sollen Biotechnologieunternehmen, insbesondere in der Wachstums-, klinischen und Skalierungsphase, gezielt adressiert werden?
20. Welche weiteren Finanzierungsinstrumente plant die Bundesregierung für Biotechnologieunternehmen in Deutschland, insbesondere für Ausgründungen, klinische Entwicklung, Produktionsskalierung und wachstumsstarke mittelständische Unternehmen?
21. Welche Rolle misst die Bundesregierung der Biotechnologie in ihrer Hightech-Agenda und ihrer industrie- und innovationspolitischen Strategie insgesamt bei?
22. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Translation biowissenschaftlicher Forschung in marktfähige Produkte, klinische Anwendungen und Produktionskapazitäten in Deutschland zu beschleunigen?

23. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Ausgründungen aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Universitätskliniken im Bereich Biotechnologie gezielt zu stärken?
24. Welche Rolle spielen nach Auffassung der Bundesregierung steuerliche Forschungsförderung, beschleunigte Genehmigungen, klinische Studienbedingungen, IP-Strategien und regulatorische Rahmenbedingungen für die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Biotechnologiestandorts Deutschland?
25. Welche Kapazitäten bestehen an deutschen Hochschulen in biotech-relevanten Studiengängen (Biochemie, Bioinformatik, Biotechnologie, Life Sciences), und wie haben sich Studierendenzahlen und Absolventenzahlen seit 2020 entwickelt?
26. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verwertungsquote biotechnologischer Forschungsergebnisse aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, und wo sieht sie strukturelle Defizite im Technologietransfer?
27. In welchem Umfang profitieren deutsche Biotechnologieunternehmen und Forschungseinrichtungen von Horizon-Europe-Förderprogrammen, und wie bewertet die Bundesregierung die deutsche Beteiligung im europäischen Vergleich?
28. Wie wird die Umsetzung der biotechnologiebezogenen Maßnahmen der Hightech Agenda ressortübergreifend koordiniert, und welche Governance-Strukturen existieren hierfür?
29. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass nationale Förderprogramme komplementär zu europäischen Instrumenten wirken und keine Doppelstrukturen oder Förderlücken entstehen?

Berlin, den 20. Juli 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion